

EURACTIV

IST DAS GERECHTIGKEIT? WIE DER SOZIALE ZUSAMMENHALT IN EUROPA GESTÄRKT WERDEN KANN

EVENT REPORT | JULI 2019
<https://eurac.tv/9QBQ>

Mit der
Unterstützung von

| BertelsmannStiftung

Projekt
ALADDIN



ALADDIN
Project

IST DAS GERECHTIGKEIT? WIE DER SOZIALE ZUSAMMENHALT IN EUROPA GESTÄRKT WERDEN KANN

EVENT REPORT | JULI 2019
<https://eurac.tv/9QBQ>

Das Wohlstandsgefälle in Europa wächst. Trotz des allgemeinen Aufschwungs seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 sind immer mehr Bürger von Armut bedroht. Gleichzeitig verändern Globalisierung und Digitalisierung fast jeden Aspekt unseres Lebens.

Obwohl der soziale Zusammenhalt in der EU Untersuchungen zufolge relativ stabil ist – das gilt besonders für wirtschaftlich wohlhabende Länder – fühlen sich immer mehr Menschen zurückgelassen und sorgen sich um ihren Platz in der Gesellschaft. Oft wird Immigration als Faktor genannt, wenn es um die Gründe sozialer Spannungen geht. Die Folge: Populismus und nationalistische Bewegungen erleben ein Comeback. Bei den jüngsten Europawahlen erlangten rechte Parteien mehr als 20 Prozent der Sitze im Europäischen Parlament.

Auf dem von der Bertelsmann Stiftung und dem Projekt Aladin in Zusammenarbeit mit der UNESCO organisierten „Young Europeans‘ Forum 2019“ diskutierten junge Menschen aus ganz Europa, wie wir ein friedliches, offenes und solidarisches Leben in Vielfalt gestalten können. Was hält eine vielfältige Gesellschaft zusammen? Wie können wir Einwanderung und die zunehmende Diversifizierung unserer Kulturen nutzen, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken? Was sind unsere gemeinsamen Werte? Und welche Rolle spielen dabei Bürger, die sich sozial engagieren?

Inhalt

.....

„Wir müssen über
Konflikte reden“

4

„Das zerstört
Gesellschaft“

7

Den Fliehkräften der Gesellschaft
entgegenwirken - Jetzt!

10

„Wir müssen über Konflikte reden“

Von Florence Schulz | EURACTIV.de



Am Young Europeans' Forum nahmen rund 100 junge Europäer teil, sie sich in ihrem Heimatland sozial engagieren. [Photographer: Thomas Kunsch]

Gemeinschaft, Zugehörigkeit – was bedeuten diese Begriffe in einer Welt, die immer vielfältiger wird und zunehmend von Identitätsdebatten geprägt ist? Auf dem Young Europeans' Forum 2019 haben sich junge Menschen darüber ausgetauscht, was eine gute Gesellschaft ausmacht und was der einzelne für den Zusammenhalt tun kann.

Knapp 300.000 Menschen gingen im November 2018 auf Frankreichs Straßen, die Proteste dauerten Monate an. Die teilweise Brutalität der Gelbwestenbewegung, Ausdruck tiefer sozialer Unzufriedenheit, hat Frankreich erschüttert und Fragen nach der gesellschaftlichen Kohäsion des Landes aufgeworfen. Doch auch

in anderen Staaten Europas werfen die Erfolge rechter Parteien und eine aggressiver werdende Debatte die Frage auf, ob der soziale Zusammenhalt der Bevölkerung bröckelt. Was ist es, das eine Gesellschaft in solchen Zeiten zusammenhält?

Auf der Suche nach Antworten debattierten rund 100 junge Europäer vom 25. bis 27. Juni in Berlin auf dem „Young Europeans Forum“, organisiert von der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Projekt Aladin und der UNESCO. Sie tauschten ihre Erfahrungen zu sozialem Engagement aus, erörterten die Herausforderungen und Chancen von kultureller Vielfalt und suchten Wege, um den nötigen gesellschaftlichen Wandel voranzubringen.

„WIR MÜSSEN ÜBER KONFLIKTE REDEN“

„Soziale Kohäsion, das bedeutet vor allem Vertrauen, das Gefühl von Zugehörigkeit, aber auch kulturelle Vielfalt“, sagt Hanno Burmester, Policy Fellow bei Das progressive Zentrum, vor den Teilnehmern des Forums.

Schaut man auf Deutschland, steht es auf den ersten Blick nicht schlecht um den Zusammenhalt. Auf einer Kohäsions-Skala von Null bis Hundert ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von 61 Prozent, wie eine Studie der Bertelsmann Stiftung vom Jahr 2017 bemisst. Aber das ist nicht überall so: Besonders im mediterranen

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Raum, wo die Wirtschaftskrise auch tiefe soziale Risse hinterlassen hat, zeigen die Statistiken deutlich niedrigere Werte der sozialen Kohäsion. Auch das Ehrenamt ist seltener als im wohlhabenden Norden Europas.

Der am häufigsten erlebte Störfaktor für gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa ist laut einer Studie der EU-Organisation Eurofound das Spannungsfeld zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen – 40 Prozent der Europäer geben an, solche Spannungen in ihrem sozialen Umfeld wahrzunehmen. Das trifft besonders Belgien, Frankreich, Irland, Österreich, Deutschland und Italien.

Doch auch in Skandinavien, das durch niedrige Werte der sozialen Exklusion auffällt, wirft die Integrationsdebatte Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. „Viele Muslime in Schweden sind verunsichert und wissen nicht, wo sie hingehören. Da gibt es noch immer starke Identitätsprobleme“, sagt Tuba, eine der Teilnehmerinnen des Young European Forums. Die junge Muslima engagiert sich in Schweden in der Organisation Swedish Muslims for Peace and Justice. „Über uns Schweden sagt man, dass wir Konflikten gerne aus dem Weg gehen. Aber wenn wir nicht über Probleme der Integration sprechen, schadet das der Qualität der öffentlichen Debatte. Wir müssen über Konflikte reden“, fügt sie hinzu. Dafür sei sie nach Berlin gereist, um mit anderen Europäern zu erörtern, welche Rolle das soziale Engagement dabei spielen kann.

KULTURELLE VIELFALT SCHAFFT RAUM FÜR DEBATTEN

Das Thema Immigration taucht immer wieder in den Gesprächen über sozialen Zusammenhalt auf.

Ist Einwanderung schädlich für die Kohäsion, hat Vielfalt auch ihre Grenzen?

Wenn sie geordnet, integrativ und gerecht vorgeht, dann nicht, so klingt der Konsens. Im Gegenteil, kulturelle Vielfalt könne eine Bereicherung sein, findet Jan-Paul aus Brüssel. Er engagiert sich in der pan-europäischen Partei VOLT und möchte lernen, wie sozialer Zusammenhalt in verschiedenen europäischen Ländern gelebt wird. „Das wertvollste für mich war zu sehen, was es andernorts für lokale Lösungen gibt, soziale Kohäsion zu fördern. Brüssel hat einen extrem hohen Teil an Ausländern, daher ist es für uns wichtig zu sehen, wie das Zusammenleben in anderen Städten gestaltet wird.“

Dass kulturelle Diversität dem Zusammenhalt einer Gesellschaft keineswegs schaden muss, zeigen Studien der Integrationsforschung. So sind 58 Prozent der Deutschen laut der Studie der Bertelsmann Stiftung sogar der Meinung, dass Deutschland durch die Aufnahme von Migranten zu einem besseren Ort wird. Rund 60 bis 70 Prozent der Bürger, die eine persönliche Begegnung mit Geflüchteten hatten, bewerten diese als positiv. Dennoch bleibt ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Bevölkerung der kulturellen Vielfalt gegenüber kritisch.

Um niemanden außen vor zu lassen, darf das Zwischenmenschliche nicht übersehen werden, meint Hanno Burmester. „Das einzige, das soziale Kohäsion stärkt, sind ehrliche Begegnungen und gute menschliche Beziehungen.“ Kohäsion ist für ihn das Ergebnis eines Prozesses, der Raum schafft für qualitative menschliche Beziehungen. „Dazu braucht es an erster Stelle ein gutes Verhältnis zu einem selber“. Dem einzelnen müsse es also gut gehen, damit er zur Kohäsion seiner Gemeinschaft beitragen kann.

EIN UNAUSGEWOGENES WIRTSCHAFTSSYSTEM

Doch das reicht nicht aus, damit eine Gesellschaft friedlich funktioniert: „Beim Thema soziale Kohäsion geht es im Kern auch um die Frage, ob wir unseren demokratischen Institutionen vertrauen“, betont Stephan Vopel, Direktor der Bertelsmann-Stiftung, in seiner Rede. Zustimmung kommt vom Autor und Aktivisten Lorenzo Masili: Besonders bei der Integrationspolitik seien viele Institutionen gescheitert und hätten damit rechtspopulistischen Kräften Raum geben. „Italien hat beim Migrationsmanagement versagt. Der Staat ist nicht in der Lage, selbst diejenigen Migranten unterzubringen, die Bleiberecht haben. Die Folge ist, dass viele auf der Straße schlafen – das schafft ein Gefühl von Krise, von Invasion.“

Dennoch seien die existierenden Institutionen das einzig wirkungsvolle Instrument zur Stärkung der Gesellschaft. „Sie sind die einzige Alternative zum starken Mann der populistischen Rechten. Denn die Orbans, Salvinis, Kaczynskis oder Farages machen die Probleme, denen sie ihren Erfolg verdanken, nur noch schlimmer.“

Immigration ist aber nicht der wahre Grund für die wachsende politische Spaltung Europas, meinen sowohl Masili als auch Burmester. „Über soziale Kohäsion kann man nicht sprechen, ohne über wirtschaftliche Ungerechtigkeit zu sprechen“, sagt Masili.

Dass es sie gibt, und dass die wirtschaftliche Schere politische Sprengkraft besitzt, machen jüngste Zahlen der OECD deutlich: Demnach macht sich fast jeder zweite Deutsche Sorgen darum, im Alter zu verarmen. Der Anteil der armutsgefährdeten Menschen ist seit 1990er-Jahren angestiegen und beträgt derzeit

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

über 16 Prozent der Bevölkerung. Gleichzeitig stiegen die Einkommen der obersten zehn Prozent um 35 Prozent im Vergleich zu den 90er Jahren, gibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung an. Wirtschaftlicher Zuwachs ist also kein Garant mehr für soziale Sicherheit, die Einkommensschere geht auseinander.

Die Bemühungen der EU-Kommission, diesem Trend entgegenzusteuern und einen politischen Rahmen für sozial faire Lebensbedingungen auf europäischer Ebene schaffen zu wollen, können nur bedingt helfen. Seit im November 2017 die Europäische Säule sozialer Rechte ausgerufen wurde wurden zwar mehrere Initiativen zur Stärkung der Sozialsysteme und des Arbeitsschutzes in der EU auf den Weg gebracht. Doch letztendlich bleiben Arbeits- und Sozialpolitik in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten.

POLITISCHER AKTIVISMUS ALS SCHLÜSSEL ZUM ZUSAMMENHALT?

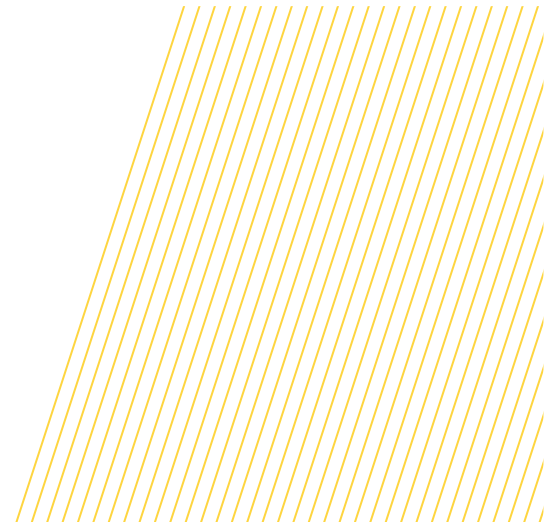
Reformen des Arbeitsmarktes – für Lorenzo Masili reicht das alleine nicht aus. Er fordert einen viel tiefergehenden Wandel: „Unsere Demokratie muss ihre Abhängigkeit von einem höchst unfairen Wirtschaftssystem überwinden. Wir müssen die Strukturen aufbrechen, in denen einige wenige viel Macht besitzen, weil das Kapital sich bei ihnen konzentriert. Denn damit haben informelle Lobbynetzwerke viel mehr politische Macht als der gemeine Bürger. Wir müssen das Vertrauen der Menschen in diese demokratischen Strukturen zurückgewinnen.“

Darin sind sich auch die Teilnehmer des Young Europeans' Forum einig. Das Vertrauen in die demokratische Grundordnung müsse stark sein. Doch getragen wird jede Gesellschaft von ihren Mitgliedern, vom kommunalen

Engagement.

In seinem Vortrag nennt Masili das „politischen Aktivismus“. Es seien die Bürger, die Demokratie schaffen. „Das können sie auch über Staaten hinweg tun – durch transnationale Bewegungen, Gewerkschaften oder Medien. Das zivilgesellschaftliche Engagement sei das, was Zusammenhalt schafft, meint er.

In seinem Heimatland Italien könne zum Beispiel durch den Einfluss der Kirche viel bewegt werden: „Wie wäre es denn, wenn einmal im Monat im Gottesdienst aller kleinen Gemeinden ein Geflüchteter seine Geschichte erzählen dürfte. Wo er herkommt, warum er zu uns gekommen ist. Dann würde das passieren, was soziale Kohäsion ausmacht: Ein Mensch, zu dem man keine Beziehung hat, der vielleicht sogar Feindbild ist, wird plötzlich zu jemandem den man kennt.“



INTERVIEW

„Das zerstört Gesellschaft“

Von Florence Schulz | EURACTIV.de



„Die Volksparteien zerfallen nicht, weil keiner sie mag. Sie zerfallen, weil sie in dieser Situation kein gutes Angebot für mögliche Zukünfte machen. Das tun Grüne und AfD – deshalb gruppiert sich die öffentliche Debatte auch um diese beiden Pole.“ [Thomas Kunsch, Berlin]

Die Schere zwischen Arm und Reich in Europa nimmt zu, nationalistische Bewegungen erleben einen Höhenflug. Bröckelt der soziale Zusammenhalt? EURACTIV sprach während des „Young Europeans' Forum“ mit Sprecher Hanno Burmester.

Hanno Burmester leitet das Beratungsunternehmen „Unlearn“ und ist Policy Fellow bei „Das Progressive Zentrum“, wo er zur Zukunft der Demokratie forscht. Burmester ist außerdem als Affiliate Scholar am Potsdamer Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung tätig. Auf

dem Young Europeans' Forum sprach er bei einem Panel zum Thema „Building Bridges for social cohesion“.

EURACTIV: Herr Burmester, steckt die soziale Kohäsion in Europa in einer Krise?

Burmester: Ja und nein. Es gibt derzeit viele Faktoren, die unsere Gesellschaft fragmentieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt verschlechtern. Gleichzeitig erleben wir eine Gegenbewegung, die für neuen und besseren Zusammenhalt sorgt.

Die Fragmentierung, die wir sehen,

ist getrieben von den sozialen Medien und den polarisierenden Logiken der Algorithmen. Und natürlich auch durch die Ungleichheit der Lebensperspektiven, des Vermögens und Einkommens. Das zerstört Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft wird immer diverser. Kann Demokratie das abbilden oder müssen wir unser politisches Modell der Zeit anpassen?

Die Demokratie ist auf Vielfalt

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

und Komplexität ausgelegt. Eins ihrer Kernmerkmale ist ja gerade, dass die Bevölkerung selbstorganisiert auf Veränderung reagieren kann. Aber die derzeitige Polarisierung der öffentlichen Debatte zeigt: wir lassen dieses Potenzial ungenutzt. Die Weltbilder stehen gegeneinander, statt dass wir sie in einen produktiven gesellschaftlichen Dialog bringen.

Die Debatte um Einwanderung erinnert uns daran: Vielfalt ist kein Selbstzweck. Vielfalt ist dann eine Stärke, wenn wir sie bewusst gestalten und für alle Seiten fruchtbar machen. Dazu gehört auch, dass demokratische Gesellschaften immer wieder aushandeln, welche Werte sie ausmachen. Was bedeuten diese Werte auf Alltagsebene, und zwar für die Alteingesessenen ebenso wie die neu Angekommenen? Da haben wir noch Luft nach oben.

Auf was könnte man sich denn gemeinsam einigen? Werte sind doch zu einem guten Teil kulturabhängig.

Ja, sind sie. Das beginnt schon auf individueller Ebene – wie man einen Wert versteht und lebt, das unterscheidet sich oft stark voneinander. Trotzdem gilt: Gesellschaften können Werte und ihre Bedeutung aushandeln. Für die westlichen Gesellschaften sind Themen wie Freiheit, Menschenwürde und Meinungsfreiheit wichtig. Da gibt es ein gemeinsames Fundament, das europaweit funktionieren kann. Die entscheidende Frage ist: wie bekommen wir diese Werte zeitgemäß interpretiert und mit Leben gefüllt?

Konkret kann das heißen: Was ist Meinungsfreiheit im digitalen Zeitalter? Für wen gilt die Menschenwürde – nur für uns, oder auch geflüchtete Menschen, die an den Grenzen Europas stranden? Und wo liegen die Grenzen der individuellen Freiheit in Zeiten der

Klimakatastrophe?

Apropos Europa: Wir sehen in den meisten Mitgliedstaaten starke Stimmverluste bei den traditionellen Volksparteien. Gleichzeitig erstarken rechtspopulistische Gruppen und Grüne. Findet damit eine Spaltung der Gesellschaft statt oder eine Belebung der Demokratie, die sich ausdifferenziert?

Das ist kein entweder oder – das ist gleichzeitig Spaltung und Belebung. Was wir heute erleben, sind Symptome einer tiefer liegenden Krise. Wir verstehen zunehmend, dass unsere Lebensweise und die grundsätzliche Ordnung der Gesellschaft an ihre Grenzen stößt. Die Volksparteien zerfallen nicht, weil keiner sie mag. Sie zerfallen, weil sie in dieser Situation kein gutes Angebot für mögliche Zukünfte machen. Das tun Grüne und AfD – deshalb gruppiert sich die öffentliche Debatte auch um diese beiden Pole.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die etablierten Volksparteien rechts und links der Mitte sehr gute Überlebenschancen haben – wenn sie gute, klare und unterscheidbare Angebote machen für neue, nachhaltige Gesellschaftsentwürfe. Das Ergebnis wäre eine klare, kontroverse Debatte. Nichts belebt eine Demokratie mehr.

Aber kann eine Volkspartei, die eine möglichst breite Tranche der Bevölkerung vertreten möchte, eine immer heterogenere Gesellschaft abbilden?

Das ist natürlich eine Herausforderung. Aber die Gesellschaft der 50er und 60er Jahre war ja auch nicht total homogen. Auch damals gab es unterschiedliche Lebensweisen und Werte. Man kann eine diverse Gesellschaft durchaus mit einer gemeinsamen Klammer versorgen. Aber dazu braucht es

eben ein geteiltes Zukunftsbild und gemeinsame Grundwerte.

Wie kann man Menschen, die sich von der Politik abgehängt fühlen und populistische Parteien wie die AfD wählen, in diesen Prozess einbinden? Wie kann man sie für soziale Kohäsion aller hier Lebenden engagieren?

Ich denke nicht, dass AfD-Wähler kein Interesse an sozialem Zusammenhalt haben. Sicher gibt es einen Teil der Wählerschaft, der schlicht rassistisch ist und manche Menschen ablehnt. Trotzdem glaube ich, dass der Großteil der AfD-Wähler Sehnsucht nach verstärktem gesellschaftlichem Zusammenhalt hat. Die wählen die Rechtspopulisten aus Protest, weil sie sich vergessen fühlen. In Deutschland leiden gerade auf dem Land viele darunter, dass bei ihnen öffentliche Nahverkehrsmittel abgebaut werden, dass es keine guten Lebensperspektiven gibt und der Staat sich seit Jahren zurückzieht, wo immer es geht. Diesen Personen will ich nicht pauschal absprechen, zu demokratischen Grundwerten zu stehen.

Angesichts der Integration, die derzeit zu stemmen ist, fürchten viele Menschen um ihre nationale Identität. Können sie das nachvollziehen?

Identitätsdebatten sind meist Ersatzdebatten. Unser Kernproblem ist unser Lebensstil, der auf Kostenexternalisierung basiert. Unser Problem ist ein Wirtschaftssystem, das krasse Ungleichheit von Perspektive und Vermögen fördert. Das sind die Themen – wer Identitätsdebatten führt, lenkt von ihnen ab. Glauben Sie wirklich, dass wir darüber debattieren würden, was deutsch oder europäisch bedeutet, wenn alle Menschen in Deutschland das Gefühl hätten, dass sie ihr Leben in Würde, Respekt und

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Sicherheit leben können?

Sprechen Sie damit nicht vielen Menschen ihre Sorge um ihre nationale Identität ab?

Ich bleibe dabei: das ist nicht das zentrale Thema. Die oft zitierten Sorgen des kleinen Mannes... ich weigere ich zu glauben, dass diese Menschen besessen sind von der Sorge um den syrischen Geflüchteten nebenan. Die machen sich Sorge um die Höhe ihrer Rente, um die Qualität der Schulen und Kitas, um ihre stagnierenden Löhne. Das sind Themen, um die sich Politik kümmern muss, anstatt diesen populistischen Scheinthemen hinterherzujagen.

Die EU hat ein mächtiges Instrument, um soziale Kohäsion zu fördern: Mit ihren 324 Milliarden Euro umfassenden Strukturfonds fördert sie derzeit Infrastrukturprojekte, soziale und Wirtschaftsförderungsprogramme vor allem in strukturschwachen Regionen. Ist das der richtige Weg?

Die Bürger sehen zwar, dass, seit ihr Land Mitglied der EU geworden ist, ihre Straßen oder die Stromversorgung besser werden. Die Frage ist aber, was der Tausch dafür ist. Länder wie Polen, Tschechien, Rumänien usw. sind nach ihrem EU-Beitritt von deutschen und französischen Unternehmen regelrecht kolonialisiert worden. Dort konnte kaum ein Unternehmertum jenseits von kleinen und kleineren mittelständischen Unternehmen wachsen. Da sind die EU-Mittel aus meiner Sicht ist eine schwache Kompensation dafür, was auf lange Frist strukturell entzogen wird. Es ist leider so: die wirtschaftlichen Gewinne der europäischen Integration sammeln sich in einer Handvoll Länder. Angesichts dieser Bilanz haben die europäischen Strukturfonds ein Glaubwürdigkeitsproblem.

So lange die politische und soziale Einigung nicht voranschreitet, vertieft die Wirtschaftsunion die aktuelle Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen aus meiner Sicht darüber reden, wie hier echte Angleichung und ein fairer Lastenausgleich geschehen kann.

Wie sollte das denn aussehen?

Ich glaube, dass die EU direkte Einnahmen aus Steuermitteln braucht, über die sie verfügen kann. Und es braucht einen Finanzausgleich der Nationen in einem viel größeren Volumen, als es aktuell der Fall ist.

PROMOTED CONTENT / OPINION

DISCLAIMER: Die hier aufgeführten Ansichten sind Ausdruck der Meinung des Verfassers, nicht die von EURACTIV.COM Ltd.

Den Fliehkräften der Gesellschaft entgegenwirken - Jetzt!

Von Andreas Grau und Julia Tegeler | Bertelsmann Stiftung



Weltweit erleben wir im Augenblick einen rasanten technologischen, ökonomischen, politischen und sozialen Wandel. Auch in Deutschland und Europa sind die Folgen dieser Entwicklungen spürbar.

Megatrends wie Globalisierung, Digitalisierung und demographischer Wandel beschleunigen die Fliehkräfte, die die Gesellschaft auseinanderzutreiben drohen. Der Riss durch die Gesellschaft wird größer. Dieser Trend verlangt nach gemeinsamen Anstrengungen, damit unsere Gesellschaft auch in Zukunft zusammenhält, und weiterbesteht.

Denn sozialer Zusammenhalt macht eine Gesellschaft lebenswert und zukunftsfähig. In Gesellschaften mit einem starken Zusammenhalt haben die Menschen stabile, vertrauensvolle und vielfältige soziale Beziehungen sowie eine intensive und positive emotionale

Verbundenheit mit dem Gemeinwesen: Die Menschen fühlen sich zugehörig und als Teil eines größeren Ganzen. Des Weiteren haben sie eine hohe Gemeinwohlorientierung. Das drückt sich darin aus, dass Menschen eher bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen und dabei auch für die Schwächeren und Hilfebedürftigen da zu sein.

Es lassen sich nach unserer Erfahrung drei Bereiche identifizieren, anhand derer der gesellschaftliche Zusammenhalt erfasst werden kann:

1. Soziale Beziehungen
2. Verbundenheit
3. Gemeinwohlorientierung

Geht man von diesem Modell aus, lässt sich derzeit vor allem anhand von drei Themenfeldern beobachten, dass der Zusammenhalt in manchen Bereichen brüchig zu werden droht.

Das zeigt sich erstens am Vertrauen in demokratische Institutionen. Zwar

hat sich das Vertrauen in Deutschland in den Bundestag, die Landtage, die Landesregierungen und in die politischen Parteien in den letzten Jahren kaum verändert, aber das Vertrauen in die Bundesregierung hat deutlich gelitten. Darüber hinaus gibt es in Deutschland, aber auch in Europa, erhebliche regionale Unterschiede: So ist die Akzeptanz der Demokratie als beste Staatsform in den ostdeutschen Bundesländern durchweg geringer als in den westdeutschen. Auch in Bezug darauf, wie zufrieden die Menschen mit der gelebten Demokratie sind, unterscheiden sich Ost und West deutlich.

Zweitens sind es die Akzeptanz von Vielfalt und der Umgang mit ihr, die viele europäische Gesellschaften auseinandertreiben. Vielfalt ist jedoch per se kein Hindernis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vielfalt macht Zusammenhalt jedoch anspruchsvoller. Denn so sehr Vielfalt unser Leben bereichert und Chancen bietet – die Begegnung von Menschen mit unterschiedlichen Traditionen, Gebräuchen und Hintergründen birgt auch immer das Potenzial für Spannungen und Konflikte. Das Zusammenleben in Vielfalt erfordert Verständigungs- und Aushandlungsprozesse um gelebte Werte sowie unterschiedliche

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

Vorstellungen des Zusammenlebens. Es muss daher aktiv gestaltet werden. Ein gelingender Umgang mit Vielfalt bedeutet im Minimalfall, Konflikte gewaltfrei zu regeln. Im Idealfall heißt es: Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Identitäten fühlen sich in gleichem Maße zur Gesellschaft zugehörig, haben die gleiche Chance auf Wohlstand, finden politisch Gehör und pflegen untereinander, auch über die eigene Gruppe hinaus wertschätzende soziale Beziehungen. Daraus leitet sich die Verantwortung ab, Vielfalt nicht bloß zu tolerieren und passiv zu ertragen, sondern sie anzuerkennen und aktiv zu gestalten. Das schließt auch ein, die Einhaltung sozialer Regeln und Werte des Zusammenlebens von allen hier Lebenden einzufordern, sowie auch selbst vorzuleben.

Es kommt also darauf an, einen respektvollen und anerkennenden Umgang miteinander zu praktizieren, Diskriminierungen entgegen zu treten und Teilhabechancen zu ermöglichen – all dies auf der Basis des Grundgesetzes, das den verbindlichen Rahmen für das Zusammenleben in Vielfalt bietet. Dies erfordert strukturelle Maßnahmen ebenso wie Offenheit, Toleranz und die positive Anerkennung von Vielfalt. Laut der Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ der Bertelsmann Stiftung empfindet etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland Vielfalt als Bedrohung und steht dieser ambivalent gegenüber. Umso wichtiger ist eine kontinuierliche Verständigung verschiedener Akteure, wie beispielsweise Parteien, Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände, über Werte und Regeln des Zusammenlebens. Wertebildung, die demokratische, menschenrechtsbezogene Werte im Alltag aushandelt und ausgestaltet, ist daher zentral für ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt. Hier sind auch die Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht, immer wieder den Austausch zu suchen und die notwendigen Dialoge

darüber zu führen, welche Werte maßgeblich für das Zusammenleben sind.

Ja, schon heute wird gesellschaftlicher Zusammenhalt bereits von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie beispielsweise ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfen oder Begegnungszentren, erfolgreich gestaltet. Diese Aktivitäten müssen noch verstärkt werden und vor allem jene Menschen erreichen, die Vielfalt ambivalent sehen oder sich im Umgang damit schwertun.

Drittens: Gerechtigkeit spielt eine zentrale Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, genauer: das subjektive Empfinden der Mitglieder einer Gesellschaft darüber, ob es gerecht zugeht. Wenn die objektiven Ungleichheiten auch als ungerecht empfunden werden, kann es zu Umbrüchen in der Gesellschaft kommen. In Deutschland sind laut der Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ der Bertelsmann Stiftung nur 16 Prozent der Befragten der Menschen der Auffassung, dass es bei der Verteilung wirtschaftlicher Güter gerecht zugeht. Diese gefühlte Ungerechtigkeit korrespondiert der Studie zufolge mit empirischen Daten, die auf eine tatsächliche Ungleichheit und fehlende Teilhabechancen in der Bevölkerung verweisen. So ist der gesellschaftliche Zusammenhalt dort geringer, wo viele Arbeitslose wohnen und arme oder von Armut gefährdete Menschen leben.

Vor allem eine aktive Zivilgesellschaft trägt wesentlich zu einem neuen Zusammenhalt im 21. Jahrhundert bei: Unser Leitbild sollte eine Gesellschaft sein, in der sich jeder Einzelne zugehörig fühlen kann, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, Religion oder sozialem Status. Die Gesellschaft braucht zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für ein friedliches Miteinander engagieren, das durch Gleichwertigkeit, Respekt, Toleranz und Vertrauen geprägt ist. Diese sind wesentliche Bestandteile unserer liberalen Demokratie.

Beim Young Europeans' Forum, das vom 25. bis 27. Juni 2019 in Berlin von der Bertelsmann Stiftung und dem Aladin Projekt in Kooperation mit der UNESCO durchgeführt wurde, haben rund 100 junge Menschen aus Europa, die sich haupt- oder ehrenamtlich für ein gutes Miteinander engagieren, über Herausforderungen und Lösungsansätze zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts diskutiert. Sie haben Erfahrungen, Ideen sowie gute Praxis ausgetauscht, um mit- und voneinander zu lernen. Gemeinsam haben sie hierzu an Lösungen gearbeitet und Ideen entwickelt, sowie wichtige Impulse für ihr Engagement für den Zusammenhalt im 21. Jahrhundert mitgenommen. Das Ergebnis: Gesellschaftlicher Zusammenhalt beginnt mit der Qualität menschlicher Begegnungen. Belastbare soziale Beziehungen und Netzwerke sind hierfür ein wichtiger Grundpfeiler. Dieses erste Young Europeans' Forum und Verbindungen, die zwischen den jungen Akteuren dabei entstanden sind, sind ein Startpunkt, der einen ersten Beitrag leistet, den Zusammenhalt zu stärken. Deutlich wurde aber auch: Es Bedarf auch struktureller Förderung und Unterstützung. Entsprechend warten wir gespannt auf Aktivitäten aus dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Dessen Abteilung Heimat unter anderem verantwortlich dafür ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die Bertelsmann Stiftung steht für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt ein, der Verbundenheit, Zugehörigkeit und Teilhabe aller Menschen unabhängig von Herkunft sowie religiöser oder weltanschaulicher Orientierung ermöglicht. Hierfür sind Kontakte, Dialog und Austausch insbesondere vor Ort in den Städten und Gemeinden zwischen Menschen mit unterschiedlichen Werthaltungen notwendig. Nur so entstehen Vertrauen und demokratisches Miteinander. Lasst uns so den Fliehkräften in den Gesellschaften Europas etwas entgegensetzen – Jetzt!



Weitere Informationen
zu Event Reports von
EURACTIV

Kontaktieren Sie uns

Ioan Bucuras

Senior Manager EU Affairs
ioan.bucuras@euractiv.com tel. +32
(0)2 788 36 92

Florence Schulz

Journalistin, Redakteurin
florence.schulz@euractiv.de
tel. +49 302060 5150